

Kolumne Herausgeberrat, Klettgauer Bote vom 12.9.2020

Martina Munz, Nationalrätin

### **Solidarität mit vergessenen Branchen**

Diese Woche hat die Herbstsession in Bern begonnen. Hinter unseren Corona-Plexiglaswänden im Bundeshaus fühlen wir uns wie Fische in einem Aquarium. Gleichzeitig müssen wir Entscheide fällen mit grosser Tragweite. Die Sorgen der Bevölkerung sind gross. Zurzeit wird mein Mail-Briefkasten geflutet. «Ich wende mich an Sie, mit einer dringlichen Bitte und grosser Besorgnis!» so oder ähnlich beginnen oft die Briefe. Einerseits haben gewisse Kreise Angst, dass wir zu sorglos mit der Pandemie umgehen, andere vermuten, dass der Bundesrat in eine Verschwörung verwickelt sei. Wieder andere glauben der Bundesrat wolle jetzt alle Macht an sich reissen und fordern uns dringend auf, das Notrecht nicht zu verlängern. Das stand noch nie zur Diskussion. Das neue und befristete Covid-19-Gesetz schränkt den Handlungsspielraum des Bundesrates deutlich ein und regelt zudem die wirtschaftliche Unterstützung der von der Krise betroffenen Bevölkerung. Das Parlament stand vor der Frage: Sichern wir die Existenz von Zehntausenden, erhalten Arbeitsplätze und die Kaufkraft der Bevölkerung oder nehmen wir Massenkurse, Erwerbslosigkeit, Verschuldung und Sozialhilfefolgekosten in Kauf?

Deutlich zeigt sich: Es ist ein Trugschluss, zu meinen, nur weil das Veranstaltungsverbot aufgehoben wurde oder weil es keine Reisebeschränkungen mehr gibt, herrsche wieder Normalität. Selbstständigerwerbende und Geschäftsinhaberinnen stehen vor dem Konkurs. Ihre wirtschaftliche Existenz ist bedroht, sie alle brauchen Geld! Der Bundesrat wollte ab Mitte September nur Unterstützung gewähren, falls es zum zweiten Lockdown käme. Das Parlament erkannte, dass es nicht genügt, an die Selbstverantwortung zu appellieren. Selbständige und KMU brauchen jetzt Unterstützung. Auch für Schausteller, Veranstalter und die Reisbranche, die vergessen gehen, setzten sich Härtefallmassnahmen mit A-fonds-perdu-Beiträgen durch. Alle Anträge zur Rettung und Unterstützung von Unternehmen kamen von den linken Parteien und fanden während der Kommissionsarbeit noch keine Mehrheit. Doch die unzähligen Zuschriften von Betroffenen haben auch bei den Bürgerlichen Wirkung gezeigt. Diese Personen sind nicht gewohnt im Bundeshaus zu lobbyieren. Es freut mich deshalb umso mehr, dass die Politik ihnen dennoch Gehör geschenkt hat und einen gemeinsamen, solidarischen Weg aus der Krise gewählt hat.